

Rede des umweltpolitischen Sprechers

Rainer Deppe

am 26. April 2013

Plenum, TOP 1:

Aktueller Sachstand über die Klage der Firma Klausner gegen das Land NRW über Holzlieferungen – „Klausner-Vertrag 2007“

Unterrichtung durch die Landesregierung

Frau Präsidentin!

Meine Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Jede Entscheidung, die wir Menschen treffen, treffen wir in einem ganz speziellen zeitlichen und sachlichen Kontext, immer auf der Basis der Fakten und Erkenntnisse, die zu dem Zeitpunkt der Entscheidung bekannt und verfügbar sind, und immer nach bestem Wissen und Gewissen. So war es 2007, so war es wohl 2012, und so wird es hoffentlich auch heute, 2013, sein.

Ich hoffe, dass sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sehr gut überlegt haben, welche Auswirkungen die verstärkte öffentliche Diskussion auf dem Ausgang des Gerichtsverfahrens haben wird. Wenn man eine Woche vor diesem wichtigen Gerichtstermin diesen Weg beschreitet, dann sollte man sehr gute Argumente haben und sich sicher sein, dass dieses Vorgehen dem Prozess wirklich nützt.

Wie war die damalige Situation? In der Nacht vom 18. auf den 19. Januar 2007 tobte über unser Land ein Orkan, wie wir ihn in Nordrhein-Westfalen noch nie erlebt hatten. Der Name „Kyrill“, den die meisten von uns wahrscheinlich in Zusammenhang mit dem russischen Alphabet gebracht hätten, wird sich bei denen, die diesen Orkan miterlebt haben, für ihr Leben unauslöschbar einprägen. Den Sturm Kyrill werden die Menschen im Sauerland und im Siegerland in ihrem Leben nie mehr vergessen. Und ich bin sicher, dass die Menschen noch in Generationen etwas mit dem Namen „Kyrill“ anzufangen wissen.

Ein Blick auf die Zeitungsüberschriften am Tag danach: „Orkan Kyrill fegt über Deutschland hinweg“, „Monstersturm fordert Menschenleben“, „Chaos und Tote durch Kyrill“, „So wütete Orkan Kyrill über Deutschland“, „Orkan Kyrill verursacht Milliarden Schäden“. Wir könnten wahrscheinlich alle Zeitungen des Landes ähnlich zitieren.

Sie erinnern sich sicherlich noch an die Bilder: Häuser mit abgedeckten Dächern, von Bäumen zerstörte Häuser, umgekippte Lastwagen, von Bäumen zerquetschte Autos, kahle Bergkuppen, wo dreißig Minuten vorher noch dichte Wälder waren, ehemals bewaldete Hänge, die aussahen, als hätte ein Messer sie einfach wegrasiert. Das war die Situation, die von außen sichtbar war. Als es dann in den Wald ging, wurde das ganze Ausmaß des Schadens für die Natur sichtbar.



Es gilt das gesprochene Wort!

Natürlich haben wir uns hier im Landtag sofort und in den Folgemonaten immer wieder mit dieser Katastrophe befasst. Eine eindrucksvolle Schilderung will ich Ihnen – mit Erlaubnis der Präsidentin – heute zitieren. Zitat aus der Plenardebatte:

„Vor einer Woche habe ich versucht, nach Hause zu kommen. Ich bin an der Kreisgrenze gescheitert, 20 km von Zuhause weg. Ich kam nicht über die Höhe, weil alle vier Straßen gesperrt worden waren. Bäume hinter mir fielen zu Boden, Bäume vor mir fielen zu Boden. Ich musste dort übernachten. Am nächsten Tag konnte ich in Augenschein nehmen, welche schrecklichen, verheerenden Wirkungen dieser Sturm in meiner Heimat gehabt hat. (...) dass gestandene Männer am Rande ihres Waldes stehen und mit Tränen in den Augen nicht nur die eigene Arbeit dahinsinken sehen, sondern auch die Arbeit ihrer Väter und Großväter und die Perspektive ihrer Kinder. Es ist etwas anderes, wenn beispielsweise die Jahresernte eines Kartoffelbauern vor die Hunde geht – der kann im nächsten Jahr wieder anfangen. Ein Waldbauer wird die Früchte seiner eigenen Arbeit angesichts der Zerstörung, die jetzt festzustellen ist, nicht erleben können. Der Waldbauer arbeitet für zukünftige Generationen.“

Meine Damen und Herren, diese wahrlich eindrucksvolle und plastische Schilderung stammt von unserem Kollegen, von unserem jetzigen Minister Johannes Remmel in der Landtagsdebatte am 25. Januar 2007. Ich glaube, es ist gut, dass diese Schilderung hier in Erinnerung gerufen wird.

Frau Kollegin Beer, ich weiß nicht, ob Ihre Wortwahl „ein singuläres Ereignis“ der Dramatik der damaligen Situation gerecht wird. Wir haben hier über Wochen immer wieder Debatten geführt. Ich muss sagen: Damals hat sich Herr Remmel für seine Heimatregion sehr engagiert eingesetzt. Das war auch richtig so. Es ist auch vollkommen in Ordnung, wie er die heutige Situation dargestellt hat. Da hilft es überhaupt nichts, wenn Sie versuchen, bei diesem wahrlich wichtigen und schwierigen Thema irgendein parteipolitisches Süppchen zu kochen. Der Minister hat es auf jeden Fall nicht getan.

Herr Ellerbrock, ich denke, wir alle waren uns damals einig, dass die Situation im Sauerland und im Siegerland ganz schnell bereinigt werden muss, dass das Holz aus dem Wald herauskommen muss. Es war natürlich so, dass die damalige Opposition – ich schaue speziell Herrn Remmel an, der damals der Sprecher der Grünen war – das mit Nachdruck gefordert und gesagt hat, es geht nicht schnell genug, und wir müssen voranmachen. Das ist doch selbstverständlich.

Wichtig war, dass wir uns damals alle einig waren, dass eine außergewöhnliche Situation im Land, eine Naturkatastrophe, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen bisher nicht erlebt hatten, gemeinsam bereinigt werden muss.

Meine Damen und Herren, wie die Situation vor Ort war, habe ich dargestellt. Mit Zahlen kann man die Verwüstungen kaum beschreiben, doch ich will sie trotzdem nennen. Insgesamt fielen in dieser Nacht dem Sturm 15,7 Millionen Festmeter auf einer Fläche von 50.000 ha zum Opfer. 25 Millionen Bäume, mehr als Nordrhein-Westfalen Einwohner hat, sind in einer Nacht wie Streichhölzer vom Sturm umgeknickt worden. Es ist ein Schaden von mehr als einer halben Milliarde Euro prognostiziert worden.

Wenn Sie die 15,7 Millionen Festmeter mit dem jetzt in Rede stehenden Problem, nämlich einer Lieferverpflichtung von 500.000 Festmetern, in Zusammenhang bringen, dann ist dies noch nicht einmal ein Dreißigstel des Volumens, das damals zu bewältigen war. Ich

glaube, das muss man auch sehen, wenn man heute sagt, dass der Vertrag vielleicht in zu großem Umfang abgeschlossen worden ist.

Wir haben damals befürchtet – die Debatten haben doch diejenigen, die hier waren, miterlebt –, es würde Jahre dauern, bis das Sauerland wieder aufgeräumt sein würde. Man hatte Sorge um den Tourismus. Die Leute kommen, weil sie die Landschaft genießen wollen und nicht weil die Wege gesperrt sind und sie die Wälder nicht mehr betreten können. Es ging darum, das Holz so schnell wie möglich aus dem Wald zu schaffen.

Wir haben darüber gesprochen, dass wir die Straßen ertüchtigen, Bahnstrecken reaktivieren und Holzlagerplätze eingerichtet werden müssen. Neben diesen Aspekten des Tourismus und der Landschaft ging es auch darum zu verhindern, dass der Borkenkäfer mit Eintreten der wärmeren Temperaturen auf diese Flächen kommt und dann das, was an Holz liegt, restlos zerstört und den intakten Wald auch noch befallen würde. Das war damals die Situation.

Es ging darum, den Preisverfall zu stoppen. Wie nach jeder Sturmkatastrophe waren die Preise im freien Fall nach unten. Das ist unbestritten. Deshalb hat der Minister eben noch einmal darauf hingewiesen, wann der Vertrag abgeschlossen wurde, nämlich schon wenige Wochen nach diesem Ereignis. Erst als dieser Vertrag abgeschlossen wurde, haben sich die Preise stabilisiert und sind seitdem nicht wieder gesunken, sondern stetig nach oben gegangen.

Ich kenne genug Waldbesitzer, die froh und uns dankbar sind, dass damals dieser Vertrag abgeschlossen wurde, weil er die Preise stabilisiert und damit den freien Fall der Preise nach unten verhindert hat und dadurch die Existenz dieser Menschen gesichert werden konnte.

Meine Damen und Herren, es ging um die Zukunft des Sauerlandes und des Siegerlandes, um nicht mehr und nicht weniger. Das war die Frage, vor der wir standen. Dann braucht man eine Landesregierung, die schnell und entschlossen handelt. Ich denke, dass dies geschehen ist, wird hier niemand bestreiten.

Die CDU-geführte Landesregierung hat damals als Erstes dafür gesorgt, dass das Chaos auf den Straßen beseitigt und die zerstörten Wege erneuert wurden. Wir haben Mittel bei der EU akquiriert. Die zerstörten Schienen mussten erneuert werden. Wir haben für die Waldbauern Steuervorteile beim Bundesfinanzminister herausgeholt, damit sie da nicht auch noch bestraft wurden. Wir mussten die Infrastruktur wiederherstellen. Wir haben das Holz aus dem Wald geholt. Natürlich haben wir auch Rahmenverträge abgeschlossen. Das war eine Maßnahme von vielleicht 80, 90 Maßnahmen, die dort getroffen werden mussten, und Sie picken sich hier jetzt einen einzigen Punkt heraus.

Meine Damen und Herren, der Umweltminister hat am 5. Dezember den Umweltausschuss informiert und zugesagt, den Landtag regelmäßig zu informieren. Das ist auch mit einem Schreiben vom 5. April an die Abgeordneten geschehen. Weitere Fakten, bis auf das heute von Ihnen Vorgetragene, sind dem Landtag nicht bekannt, und das Parlament hat der Landesregierung auch nicht in die Verhandlungs- und Prozessführung hineinzureden, schon gar nicht in einem laufenden Verfahren.

Unser gemeinsames Interesse – ich hoffe, von allen; aber ich kann hier für meine Fraktion sprechen – ist es, dass dieser Prozess gewonnen und der Holzpreis nicht abrupten Schwankungen ausgesetzt wird. Wir wollen den Rohstoff Holz in unserem Land weiter in eine möglichst hochwertige Wertschöpfung bringen und die heimische und

mittelständische Sägewerksindustrie erhalten, übrigens auch dadurch – diese Bemerkung sei mir vielleicht gestattet –, dass wir die Funktion des Waldes, Holz zu produzieren, nicht hinter alle anderen Funktionen, die der Wald zu erfüllen hat, zurückdrängen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass die jetzige Regierung ihre Entscheidungen so wie die Vorgängerregierung nach bestem Wissen und nach dem in der augenblicklichen Situation verfügbaren Wissen getroffen hat und treffen wird.

Auch dann wird irgendwann ein Ergebnis vorliegen, und man wird aus der Rückschau sehen: War das, was man gemacht hat, alles richtig? Das wird man dann tun, aber nicht in Form von Schuldzuweisungen, sondern in der Form, dass man anerkennt, dass man nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat.

Man kann natürlich Fragen stellen, und eine Frage will ich hier auch stellen:

War es wirklich richtig, dass Frau Watermann-Krass – sie kann ja gleich etwas dazu sagen – am 16. April im laufenden Verfahren eine Pressekonferenz gibt und dann noch gemeinsam mit einem Verbandsvertreter auftritt, in dessen Verband die Firma Klausner Mitglied ist, und zwar ein wichtiges Mitglied?

Wir unterstützen die Landesregierung, wenn es darum geht, Schaden abzuwenden. Wir alle haben ein großes Interesse daran, dass das Vorgehen der Regierung zu einem guten Ergebnis führt. Ich hoffe, dass Sie das gemeinsam mit uns erreichen können.